

**An das**

Hessische Ministerium für Wissenschaft u. Kunst  
Frau Ministerin Christine Hohmann-Dennhardt  
Rheinstraße 23-25  
65185 Wiesbaden  
Fax 0611-165766

Absender:

---

---

---

---

---

**Studiensituation in Hessen und bundesweit**

Sehr geehrte Frau Hohmann-Dennhardt,  
mein Sohn/meine Tochter studiert an der \_\_\_\_\_.  
Daher bin ich besonders an der Hochschulpolitik interessiert. Ich halte es für eine Pflicht  
des Staates, für eine funktionierende Hochschule zu sorgen, so wie den Studierenden  
eine ausreichende Studienfinanzierung zu ermöglichen.  
Ich fordere daher,

- daß im Hessisches Hochschulgesetz auch für weiterbildende Studien ein vollständiger  
Verzicht von Einschreibe-, Rückmelde- und sonstigen Studiengebühren festgeschrieben  
wird.
- die geplante Beschränkung der Tätigkeit als studentische Hilfskraft auf zwei Jahre  
fallen zu lassen.
- die sofortige Rücknahme aller Kürzungen des Bildungsetats 1998 inbegriffen Stellen-  
und Haushaltssperren, sowie die stufenweise Aufstockung der Mittel ab 1998.
- den Studierenden neben der rein fachlichen Ausbildung auch die Möglichkeit zu einer  
interdisziplinären Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen zu geben.
- eine Evaluation der Lehre, die sich an der Qualität und nicht an rein quantitativen  
Kriterien, wie beispielweise der Zahl an Abschlüssen in der Regelstudienzeit, der  
Gesamtzahl der Abschlüsse oder der Einwerbung von Drittmitteln orientiert.
- im Sinne der Chancengleichheit den Verzicht auf ein Elitestudium (z.B. Master oder  
Bachelor).
- die Vereinnahmung der Fachhochschulen durch die Universitäten zu verhindern, um die  
damit verbundenen auch von der Wirtschaft geforderten unterschiedlich qualifizierten  
Abschlüsse zu sichern.
- die Effektivität der Hochschulen durch eine Stärkung der Hochschulautonomie zu  
fördern. Hierzu gehört insbesondere, daß die Hochschulen über ihr Lehrangebot, die Zahl,  
Art und Größe von Fachbereichen eigenverantwortlich entscheiden können.

Ich bitte Sie weiterhin, bei den Gesprächen mit den entsprechenden Bundesministerien

- auf einer Rücknahme aller beschlossenen BAFöG-Kürzungen sowie der Einführung  
eines sozialgerechten BAFöG's zu bestehen.
- den vollständigen Verzicht auf Studiengebühren auch auf Bundesebene zu verfolgen

Da ich diese Punkte zur Zeit in Ihrer Politik nicht ausreichend verwirklicht sehe,  
solidarisiere ich mich mit den studentischen Protesten gegen den Bildungsabbau in  
Hessen

Mit freundlichen Grüßen